

Niederschrift
über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz
am 15.01.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:05 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Erwin Jung

Herr Carsten Krumhöfner

Herr Simon Lange

Herr Alexander Rüsing

Stellv. Vorsitzender

Frau Carla Steinkröger

SPD

Herr Sven Frischeimer

Herr Ole Heimbeck

Frau Sarah Leffers

Herr Marcus Lufen

Frau Anne Catrin Rudolf

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Klaus Feurich

Herr Michael Gorny

Herr Jens Julkowski-Keppler

Vorsitzender

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch

Bürgernähe/Piraten

Frau Caroline Banna-Köthemann

Beratende Mitglieder

FDP

Herr Gregor Spalek

Vertreter Gruppe

Sachkundige Einwohner

Herr Friedhelm Donath

Seniorenrat

Nicht anwesend:

UBF

Herr Alexander Spiegel von und
zu Peckelsheim

fehlt entschuldigt

Beratende Mitglieder

Herr Jürgen Heuer

Beirat für Behindertenfragen

fehlt entschuldigt

Herr Cemil Yildirim

Integrationsrat

fehlt entschuldigt

Verwaltung:

Frau Erste Beigeordnete Anja Ritschel	Dezernat 3
Herr Volker Walkenhorst	Dezernat 3
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Frau Dagmar Maaß	Umweltamt
Frau Birgit Weinhold	Amt für Verkehr
Frau Margret Stücken-Virnau	UWB
Herr Andreas Geisler	UWB

Gäste:

Herr Heinrich Quakernack	Vorsitzender des Naturschutzbeirates
Herr Karl Meyer zu Stieghorst	Ernährungsrat
Herr Michael Motyka	Ernährungsrat

Schriftführung:

Frau Rebbe	Umweltamt
------------	-----------

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in den öffentlichen Teil der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Er begrüßt Herrn Herr Michael Gorny als neues Mitglied für Frau Doris Hellweg und informiert darüber, dass Frau Claudia Heidsiek wieder stellvertretendes Mitglied im AfUK ist.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 1 Genehmigung von Niederschriften

Zu Punkt 1.1 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 41. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 02.10.2018

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 02.10.2018 (Nr. 41) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 1.2 Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 42. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 13.11.2018

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 13.11.2018 (Nr. 42) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 2 Mitteilungen

Zu Punkt 2.1 Verbundforschungsprojekt Klimanetze - Reallabor „Verkehrsräume umverteilen“

Herr Johannes Vogelsang vom Forschungsprojekt KlimaNetze hat folgende Mitteilung:

Aachener Studierende übergeben der Projektgruppe „Die Wilhelm verbindet“ vier Ideenskizzen für eine Wilhelmstraße mit neuen Qualitäten.

Die politischen Gremien sind mehrfach über das Forschungsprojekt und das dazugehörige Reallabor informiert worden. Hierauf aufbauend wird mitgeteilt, dass Master-Studierende der RWTH Aachen University der Studiengänge Architektur und Stadtplanung sich im Rahmen einer Seminararbeit mit einer Bestandsaufnahme und Ideenskizzen für die Wilhelmstraße befasst haben. Zur Präsentation der Ergebnisse am 11.01.2019 waren die zuständigen politischen Gremien, die Fachverwaltung sowie Anwohner/innen und die anliegenden Geschäftsleute eingeladen. Mit etwa 40 Personen wurden die Ideen für eine weitgehend autofreie Wilhelmstraße mit viel Aufenthaltsqualität diskutiert. Die nicht gehobenen Potentiale der Straße als wichtige fußläufige Verbindung vom Mobilitätsknoten Jahnplatz zum neuen Kesselbrink wurden von allen Beteiligten – darunter Vertretern der Volksbank – gewürdigt. Für den Forschungsaspekt, ein wirksames Zusammenspiel im kommunalen Klimaschutz zu beforschen und zu befördern, ist der von der Projektgruppe „Die Wilhelm verbindet“ angestoßene Verständigungsprozess ein wertvoller Beitrag. Die Projektgruppe „Die Wilhelm verbindet“ wird die Anregungen auswerten und in ihren Abschlussbericht mit Empfehlungen für die politischen Gremien einarbeiten. Dieser wird im Frühjahr 2019 fertiggestellt. Die von den Studierenden gefertigten Plakate sollen demnächst den Fraktionen und Gruppen per E-Mail zu Verfügung gestellt werden.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Runder Tisch Mountainbike

Das Umweltamt teilt mit:

Der AfUK hatte die Verwaltung Ende 2017 beauftragt, einen Runden Tisch zum Thema „Mountainbiken in Bielefeld“ einzurichten. Im Januar 2019 sollten danach die Ergebnisse zur Beratung vorgestellt werden. Der Runde Tisch hat bisher 3 Mal getagt. Zwei Termine mussten aus Zeitmangel abgesagt werden. Das nächste Treffen ist am 30. Januar vorgesehen.

Der Austausch über die unterschiedlichen Interessenlagen und die ge-

meinsame Diskussion über Möglichkeiten und Grenzen von profilierten Mountainbike-Parcours im Teutoburger Wald ist konstruktiv und uneingeschränkt positiv zu werten.

Aktuell wird nach einer ersten Fahrstrecke mit der Möglichkeit des Einbaus von Profilierungselementen gesucht, welche die folgenden Voraussetzungen erfüllt:

- Attraktiver Streckenabschnitt für den Mountainbike – Freizeitsport
- Grundsätzliche Kooperationsbereitschaft der betroffenen Eigentümer/innen
- Naturschutz- und forstrechtliche Zulässigkeit
- Vertragliche Regelungen zur Verkehrssicherheit

Nach erfolgreicher Lösung dieser Aufgabenstellung ist das weitere Vorgehen auch in Hinblick auf eine Gesamtkonzeption am Runden Tisch zu besprechen. Der AfUK wird beteiligt, sobald beratungswürdige Ergebnisse vorliegen.

Der Grundsatz, dass alle Waldwege nach Forstrecht auch mit dem Fahrrad incl. Mountainbikes befahren werden dürfen, sei zur Klarstellung noch einmal erwähnt.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 3 Anfragen

– keine –

Zu Punkt 4 Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen

Zu Punkt 4.1 Asphaltierung des geschotterten Teils der Straße Südfeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7051/2014-2020

Herr Wörmann fasst das weitere Verfahren zusammen: Sofern der Vorlage - und damit der Asphaltierung - zugestimmt werde, gehe der Vorgang zur Entscheidung an die Obere Naturschutzbehörde bei der Bezirksregierung. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe eine Asphaltierung empfoh-

len.

Frau Weinhold vom Amt für Verkehr gibt einen Überblick und schildert die aktuelle Situation des Weges: Das Thema sei bereits 1998, 2003, 2007 und 2010 in Ausschüssen behandelt worden. Aus einer schlecht asphaltierten öffentlichen Straße mit einem Gefälle von über 10 % komme man in einen 235 m langen Schotterweg. Problematisch seien die Witterungseinflüsse auf dem Gefälle, die einen fortlaufenden Unterhaltungsaufwand bedeuten.

Ein schwerer Fahrradunfall im vergangenen Jahr habe dazu geführt, dies Thema nun wieder aufzugreifen. Da der Weg zwischenzeitlich in das örtliche Rad-Freizeitnetz aufgenommen worden ist, sei der Entschluss gefasst worden, den Vorschlag für eine Befestigung zu machen, um dort die Verkehrssicherheit gewährleisten zu können.

Die bisherige Schranke, die den Durchgangsverkehr unterbinden sollte, sei nicht sehr wirkungsvoll gewesen. Hier solle etwas nicht mehr Entfernbares eingesetzt werden. Die Bezirksvertretung Jöllenbeck habe auf eine Pollerlösung verwiesen. Diese sei zwischenzeitlich von der Verwaltung geprüft und befürwortet worden.

Herr Feurich teilt für seine Fraktion mit, dass diese den Antrag auf Asphaltierung ablehnen werde, insbesondere auf Grund des großen Eingriffs in das Naturschutzgebiet dort. Es gebe andere Möglichkeiten, dort für die Verkehrssicherheit zu sorgen.

Herr Heimbeck schließt sich Herrn Feurich an, da auch seine Fraktion die Naturschutzgründe im Vordergrund sehe. Hinsichtlich der Poller werde der Beschluss der Bezirksvertretung Jöllenbeck begrüßt, da damit der Durchgangsverkehr nicht mehr möglich sei.

Herr Stiesch spricht sich hinsichtlich eines fahrradfreundlichen Bielefelds für eine Asphaltierung und damit für die Vorlage aus.

Herr Jung berichtet, dass seine Fraktion der Empfehlung der Bezirksvertretung Jöllenbeck folgen und der Vorlage zustimmen werde, allerdings mit der Änderung, auf die Schranke zu verzichten und stattdessen Poller in die Straße einzulassen.

Herr Wörmann wiederholt, dass das Umweltamt als untere Naturschutzbehörde nach Prüfung keine relevante Beeinträchtigung des NSG sehe, die nach Abwägung eine Versagung der Asphaltierung des Teilstücks erfordere.

Herr Julkowski-Keppler berichtet, dass von den Landwirtinnen und Landwirten an ihn herangetragen worden sei, dass diese keine Asphaltierung bräuchten. Bezüglich des Verkehrs auf der Strecke habe seinerzeit erst die Schotterung dazu geführt, diesen zu reduzieren.

Aus der bisherigen Diskussion schließe er, dass die Poller in der Straße gewollt seien: Zu entscheiden sei jetzt, ob der Asphaltierung im Naturschutzgebiet zugestimmt werde. Diesbezüglich weist er noch auf das eindeutige, einstimmige Votum des Naturschutzbeirates hin.

Herr Julkowski-Keppler lässt zunächst über den Zusatzbeschluss aus der Bezirksvertretung Jöllenbeck mit den Betonpollern abstimmen.

Der AfUK fasst folgenden

B e s c h l u s s:

Der AfUK unterstützt den Beschluss der Bezirksvertretung Jöllenbeck, Betonpoller einzubringen, so dass nur noch landwirtschaftlichen Fahrzeugen, Fahrradfahrern und Fußgängern ein Passieren möglich ist.

– einstimmig beschlossen –

Sodann erfolgt die Abstimmung über die Beschlussvorlage. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz weist den Widerspruch des Naturschutzbeirates zur naturschutzrechtlichen Befreiung einer Asphaltierung des geschotterten Teils der Straße Südfeld zurück.

– mit Mehrheit abgelehnt –

Zu Punkt 5

Anträge

– keine –

Zu Punkt 6

Vorstellung des Vorsitzenden des Naturschutzbeirates

Herr Julkowski-Keppler begrüßt den neuen Vorsitzenden des Naturschutzbeirates.

Herr Quakernack stellt sich vor:

Den Vorsitz im Naturschutzbeirat, in dem er schon seit 20 Jahren tätig sei, habe er im Herbst 2018 übernommen. Er habe einen landwirtschaftlichen Hintergrund und betreibe einen Rindviehbetrieb in Brackwede. Seine Familie sei schon seit Jahrhunderten in Brackwede verwurzelt, was auch zu einer gewissen Bindung und Interesse an dem, was in Bielefeld geschehe, führe. Daher engagiere er sich als Vorsitzender bei dem Landwirtschaftlichen Ortsverband Bielefeld-Süd und sei Vorstandsmitglied des Landwirtschaftlichen Kreisverbandes Herford-Bielefeld und auch in anderen Bereichen tätig.

Sein Ziel sei, die Lebensbedingungen für Natur und Lebewesen in Biele-

feld zu erhalten und zu verbessern. So zeige auch der in dem vorhergehenden TOP gefasste Beschluss zum Thema „Südfeld“ die Bedeutung auf, einen unnötigen Flächenverbrauch zu vermeiden.

Auf Nachfrage von Frau Banna-Köthemann, wie sich der Naturschutzbeirat zusammensetze, nennt Herr Quakernack folgende Bereiche:

Landwirtschaft, Jagd, Fischerei, Forst, Imker, Sport, Gartenbau, BUND, NABU, LNU (Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt NRW) und SDW (Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e. V.).

Herr Julkowski-Keppler bedankt sich für die Vorstellung und wünscht eine erfolgreiche Arbeit.

-.-.-

Zu Punkt 7

Ernährungsrat Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7795/2014-2020

Herr Wörmann begrüßt die Vertreter vom Ernährungsrat, Herr Karl-Ludwig Meyer zu Stieghorst und Herr Michael Motyka. Der Ernährungsrat sei am 26. November 2018 nunmehr offiziell gegründet worden.

Herr Meyer zu Stieghorst stellt sich als Landwirt vor und geht auf die Gründung des Ernährungsrates und die ersten Arbeitstreffen ein. Der Ernährungsrat setze sich aus drei Gruppen zu den Themen Bildung, Öffentlichkeitsarbeit und Stärkung der Region zusammen.

Herr Motyka berichtet von den nächsten Aktionen: Im März solle auf dem Wochenmarkt mit einer „Schnippel-Disco“ versucht werden, der Lebensmittelverschwendung entgegenzuwirken.

Weiterhin solle Kontakt mit dem Amt für Schule aufgenommen werden, um zu erfahren, unter welchen Bedingungen die Ausschreibungen für das Schulessen erfolgen.

In einer Kerngruppe erfolge die Vernetzung, Abstimmung und Koordinierung der Projekte der Teilgruppen. Die Beteiligten an den Aktionen seien die Erzeuger, verschiedene Verbände und Initiativen bis zu Vertreterinnen und Vertretern der Institutionen.

Herr Wörmann ergänzt, dass der Verwaltung eine sehr wichtige unterstützende Rolle zukomme. Die entscheidende Aufgabe für 2019 sei das „Sichtbarwerden“ des Ernährungsrats in Bielefeld und der Aufbau von Strukturen, die auch tragfähig seien. Hier seien Verwaltung und Politik gefordert, dies nach Kräften zu unterstützen.

Herr Rüsing bedankt sich bei der Gruppe für das ehrenamtliche Engagement. Er halte die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure für sehr wichtig.

Herr Stiesch begrüßt den Ernährungsrat und bittet insbesondere die Kon-

umenten von Fast Food etc. nicht aus den Augen zu verlieren.

Frau Steinkröger freut sich über die Gründung des Ernährungsrates und hofft auf eine erfolgreiche Arbeit.

Herr Spalek teilt für die FDP mit, dass diese von der Sinnhaftigkeit nicht überzeugt sei. Die Stadt solle sich nicht in die privaten Ernährungsgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger einmischen.

Frau Banna-Köthemann sieht den Ernährungsrat positiv und freut sich über das ehrenamtliche Engagement und die Vernetzung der Stadtgesellschaft.

Herr Heimbeck begrüßt den Ernährungsrat ebenfalls. Dieser sei wichtig, da eine falsche Ernährung zu Krankheiten führe, die volkswirtschaftliche Kosten verursachen. Er bittet den Fleischanteil in den Kantinen oder im Schulessen im Blick zu behalten.

Herr Feurich unterstützt die Vorlage und begrüßt das ehrenamtliche Engagement.

Sodann ergeht folgender

B e s c h l u s s :

- 1. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz nimmt den Sachstand zur Einrichtung eines Ernährungsrates in Bielefeld zustimmend zur Kenntnis. Er begrüßt das breite gesellschaftliche Engagement und die vielfache Bereitschaft in einem Ernährungsrat mitwirken zu wollen.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Arbeit des Ernährungsrates zu begleiten und zu unterstützen, z.B. bei der Akquise möglicher Fördermittel des Landes und des Bundes für Personal- und Sachkosten. Für die in 2019 geplanten Projekte der Arbeitsgruppen des Ernährungsrates können Sachkosten soweit erforderlich und im Budget des Umweltamtes vorhanden, übernommen werden. Der Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz ist in regelmäßigen Abständen über die weitere Entwicklung zu informieren.**

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 8

Beteiligung der Stadt Bielefeld am Netzwerk AltBauNeu

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7767/2014-2020

Herr Hofmeister erläutert die Vorlage.

Die Vorteile dieser Internetplattform seien gebündelte Informationen zum Thema energetische Sanierung und ihre Aktualität, insbesondere bei Veranstaltungen und Förderprogrammen.

Folgende Rubriken werden bedient:

Aktuell & Lokal:

Zeigt Veranstaltungen und Aktionen, Pressemitteilungen und dauerhafte Angebote, Gebäudetypologien sowie Beispiele aus der Praxis.

Experten finden:

Aufgeführt sind Architekten-, Ingenieur- und Energieberatungsbüros sowie Handwerksunternehmen aus Bielefeld mit zurzeit 42 Firmen.

Wissenswertes:

Einzelne technische Fachthemen und Förderungshinweise werden komplett von der Energieagentur.NRW bestückt und aktuell gehalten.

Beratungsprogramme:

Es werden Beratungsangebote in Bielefeld aufgezeigt, wie z. B. die Beratung zur Wohnraumförderung oder die Wohnberatung der Stadt Bielefeld sowie die vielfältigen Beratungsangebote der Verbraucherzentrale.

Wichtig sei auch eine gute Öffentlichkeitsarbeit. Dafür werde es zum Beispiel einen Stand auf der Immobilienmesse geben. Es gebe auch die Überlegung, eine neue Eisblockwette - wie sie vor ca. 12 Jahren schon in Bielefeld stattgefunden hat – zu veranstalten.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

Zu Punkt 9

Konzept zur Vermeidung der Vermüllung öffentlicher Flächen in der Stadt Bielefeld

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 7641/2014-2020

Herr Julkowski-Keppler teilt mit, dass die Vorlage im Betriebsausschuss UWB in 1. Lesung behandelt worden sei. Im AfUK besteht Einvernehmen darüber, diese auch hier in 1. Lesung zu behandeln.

Frau Stücken-Virnau beschreibt den politischen Auftrag und die Rahmenbedingungen für das erstellte Gesamtkonzept.

Mittlerweile gebe es auch weitere Beschlüsse. So habe die BV Mitte beschlossen, dass dort ein Konzept „Saubere Innenstadt“ vorgelegt werden solle. Das Thema sei auch im Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss behandelt worden mit dem Tenor, dass das bestehende Ordnungs- und Sicherheitskonzept in unserer Stadt weiter entwickelt werden solle. Unter anderem sei dort angesprochen worden, das Thema „Quartiershelfer“ wieder aufleben zu lassen.

Es sei eine stadtweite Arbeitsgruppe eingerichtet worden, die sich mit den Themen beschäftige.

Herr Feurich stößt sich an der Begrifflichkeit „Papierkörbe“ in dem Konzept. Er bittet den einheitlichen Begriff „Abfallbehälter“ zu verwenden. Bei dem Konzept fehle ihm die Idee der Mülltrennung. Weiterhin erkundigt er sich nach Erfahrungswerten im Innenstadtbereich.

Herr Heimbeck befürchtet, dass eine Erhöhung des Behältervolumens nicht zielführend sei, wenn gleichzeitig die Leerungs- und Reinigungsintervalle erhöht werden sollen, da ein Mehr an Volumen auch mehr Müll bringe. Er schlägt bei einer Steigerung der Leerungsintervalle vor, auf eine Erhöhung des Volumens zu verzichten, um zu signalisieren, dass es nicht begrüßt werde, Müll abzugeben, sondern darauf hingewirkt werden solle, diesen zu vermeiden.

Frau Banna-Köthemann fehlt in dem Konzept eine Abstellmöglichkeit für Pfandflaschen, vor allem in stark frequentierten Bereichen. Sie erinnert an den bereits vor einigen Jahren verwendeten Metallring an den Mülleimern.

Herr Geisler geht zunächst auf die Frage zur Begrifflichkeit ein und erläutert, dass hausintern der Begriff „Papierkorb“ für den Abfallbehälter im öffentlichen Raum und der Begriff „Abfallbehälter“ für den, der bei den privaten Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern stehe, verwendet werde.

Bezüglich der Mülltrennung berichtet Herr Geisler, dass diese in der Öffentlichkeit in der Regel nicht funktioniere und letztlich doch nachsortiert werden müsse. Dies sei kaum praktikabel und wirtschaftlich nicht darstellbar.

Zum Thema Mehrbehälter und Erhöhung der Reinigungsintervalle: Hier lasse sich keine Kosten-Nutzen-Relation statistisch herleiten. Im Vordergrund stehe der Gedanke, Müll möglichst gut zu erfassen, damit die Sauberkeit des öffentlichen Raums gewährleistet werden könne. Hier sei jeweils die Besonderheit der Örtlichkeit zu betrachten. In der Fußgängerzone, in der viel Müll von Passanten anfalle, mache das Volumen etwas aus. So würden die solarbetriebenen Pressbehälter in der Fußgängerzone positiv wahrgenommen, da sie sehr viel Müll aufnehmen könnten und zu längeren Leerungsintervallen führen würden.

Die Erfahrung zeige aber auch, dass mancherorts zusätzliches Behältervolumen für die Entsorgung von privatem Müll genutzt würden. Aber wirtschaftlich betrachtet bringe an Plätzen, an denen ein Behälter regelmäßig überquellte und der Müll von Tieren verstreut werde, ein großer, nicht ganz voller Behälter eine Ersparnis gegenüber einem kleinen.

Die Pfandflaschenringe würden im Bürgerpark noch verwendet. Nach Ansicht des UWB sei das System aber gescheitert. In den Ring würde anderer Müll gesteckt und mache die Entsorgung schwerer. Es gebe auch keine positiven Rückmeldungen von Pfandsammlerinnen und Pfandsammlern. Zudem würde trotzdem noch in dem Restmüll nach weiteren Flaschen gesucht werden.

Herr Rüsing empfiehlt Mülleimer neben Glascontainern, damit die Transporttüten dort entsorgt werden könnten. Zudem schlägt er für die öffentlichen Müllsysteme Sensoren vor, die den Füllstand melden.

Frau Rudolf schlägt eine Identifikationsnummer auf den Mülleimern vor,

mit der volle und auch defekte Mülleimer über die Bielefeld App gemeldet werden könnten.

Herr Feurich spricht sich bei den Presscontainern für einen erneuten Versuch mit einem Pfandring oder Ähnlichem aus.

Frau Stücken-Virnaue geht auf den Vorschlag Füllstandsanzeige ein. Diese Technik werde bereits bei den Solarpresskörben verwendet. Hinsichtlich der Öffentlichkeitsarbeit werde die Anregung bezüglich der Bielefeld App aufgenommen.

Herr Geisler geht zunächst auf die Kosten ein und gibt zu bedenken, dass ein Solarpresspapierkorb über 8.000 € koste, im Gegensatz zu einem einfachen Mülleimer, der bei 50 € liege. Daher sei im Moment eine flächendeckende Versorgung mit Solarpresspapierkörben noch nicht möglich.

Weiterhin berichtet er von den Tests mit Solarpresspapierkörben mit Pfandringen in Hamburg, die nicht positiv ausgefallen seien.

Für das Modell, das auf dem Kesselbrink aufgestellt sei, gebe es Pfandringe. Wenn es der Wunsch sei, könne hier noch einmal getestet werden, Herr Geisler spricht sich aufgrund der Erfahrungen jedoch dagegen aus.

Frau Ritschel sagt hinsichtlich des Pfandrings zu, dass nach Alternativen noch einmal geschaut werde.

Wichtig sei zudem auch, durch Öffentlichkeitsarbeit für Müllvermeidung zu sensibilisieren.

– 1. Lesung –

Zu Punkt 10

Ortsteilentwicklung Babenhausen/ Dornberg
- Dokumentation der BürgerWerkstatt bzw. des BürgerForums
am 28./29.05.2018
- Handlungsempfehlungen

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 7489/2014-2020

Herr Wörmann leitet ein, dass es sich bei der Ortsteilentwicklung um ein wichtiges Zukunftsthema handle. Im AfUK sei es bisher nicht diskutiert worden. Hier solle nun aus Umweltsicht eine Kommentierung zu dem Konzept gegeben werden.

Frau Maaß geht auf die Handlungsempfehlungen mit einer Präsentation zu den Aspekten der Umweltplanung ein.

Dem in der Vorlage vorgestellten Leitbild seien verschiedene Entwicklungsprinzipien zugeordnet. Diese seien zu begrüßen.

Ein weiterer Schritt in den Handlungsempfehlungen sei, in den sogenannten Vertiefungsräumen bestimmte Fragestellungen genauer zu klären.

In dem Leitbild seien auch potenzielle Siedlungsgebiete zu erkennen, die nun im weiteren Verfahren näher zu betrachten sind. In einigen Berei-

chen würden Probleme hinsichtlich der Umweltauswirkungen gesehen. Aber auch aus der Sicht des Umweltamtes gebe es viele Bereiche, wo eine weitere Verdichtung oder Ausformung der Siedlungsbereiche denkbar wäre.

Aus Umweltsicht seien im Vorfeld folgende Ziele formuliert und in den Prozess eingebracht worden: Optimierung der Gewässer, Erhalt offener, landwirtschaftlicher Flächen, Bereiche mit ökologischer Aufwertung durch Anreicherung von Gehölzen, Waldbereiche, die durch zusätzliche Aufforstungen vergrößert werden könnten sowie der Ausbau des Fuß- und Radwegenetzes.

Für den weiteren Prozess wolle das Umweltamt empfehlen, nicht nur das vorgesehene Verkehrskonzept zu erstellen, sondern auch für die landschaftsplanerischen Fragestellungen eine weitere Vertiefung vorzusehen. Dabei sollten die o. g. Ziele detaillierter bearbeitet und Ausgleichsmaßnahmen für mögliche Eingriffe vorbereitet werden. Weiterhin sollten Vorstellungen entwickelt werden, wie die Bewohnerinnen und Bewohner bei zunehmender Siedlungstätigkeit mit gut zugänglichen Erholungsflächen versorgt werden könnten.

Ein zweiter Wunsch wäre, sich bei der Raumentwicklung Fragen der Energieversorgung im Hinblick auf den Klimaschutz genauer anzusehen und bei der Siedlungsentwicklung zum Beispiel zu berücksichtigen, ob auch die Nutzung von Fernwärme möglich sei und wie die Nutzung örtlich erzeugter regenerativer Energien gefördert werden könne.

Herr Julkowski-Keppler stellt noch einmal klar, dass der Stadtentwicklungsausschuss die Vorlage beschließe und der AfUK diese zur Kenntnis nehme.

Die Nachfrage von Herrn Spalek, ob es in dem Bereich für die Universität eine substanzielle Entwicklungsmöglichkeit gebe, verneint Frau Maaß.

Frau Ritschel stellt noch einmal heraus, dass es bei diesem Konzept um die Ortsteilentwicklung gehe und nicht um die Erweiterung der Universität.

Herr Stiesch begrüßt den Bürgerdialog. Er fragt nach, weshalb einige Anwohner die Informationsveranstaltung unter Protest verlassen hätten und vermutet, dass dies an den Plänen der Verdichtung der Bebauung in ihren Ortsteilen gelegen habe.

Frau Maaß kann dies nicht bestätigen, da sie an der Veranstaltung nicht teilgenommen habe.

Herr Julkowski-Keppler erkundigt sich, wie sich die Einbringung der Umweltaspekte im Prozess niederschlage.

Frau Maaß antwortet, dass das Umweltamt und das Bauamt die weitere Vorgehensweise im Hinblick auf die umweltplanerischen Fragen näher verabreden werden.

Herr Rüsing stellt noch einmal heraus, dass letztlich die Diskussion und die Entscheidung im Stadtentwicklungsausschuss gefällt werde und der AfUK dies flankierend begleite.

Herr Spalek zeigt sich bestürzt darüber, dass das Konzept keine Entwicklung des Wissenschaftsstandortes Bielefeld zulasse. Offenbar wolle die

Verwaltung die Universität nicht unterstützen. Die FDP lehne das Konzept daher ab und fordere ein Strategiekonzept für einen Wissenschaftsstandort Bielefeld, in dem der Entwicklung eines solchen Gebietes eindeutige Priorität zugewiesen werde.

Frau Ritschel weist die Unterstellung von Herrn Spalek gegenüber der Verwaltung zurück. Es bestehe ein hohes Interesse daran, dass sich die Universität weiterentwickle. Hierfür seien bereits in der Vergangenheit im Rahmen der Campus-Entwicklung erhebliche Flächenausweisungen erfolgt. Das Ortsteilentwicklungskonzept Babenhausen hingegen habe, wie der Name schon sagt, eine andere Ausrichtung.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 11 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

** Der TOP wurde nach TOP 6 behandelt. **

Aus der letzten Sitzung des Naturschutzbeirates vom November 2018 nennt Herr Wörmann folgende Beratungspunkte:

Sicherung der Altdeponie Christophorusstr.

Die nicht vorgesehene Offenlegung des Forellenbaches auf ca.130m Länge wurde ausführlicher diskutiert. Letztlich wurde dem Projekt zugestimmt.

Schaffung eines Gewässerretentionsraumes am Rehhagenbach/Am Haßkamp

Es handelt sich um eine BWK-Maßnahme, die die hydraulische und stoffliche Belastung der Gewässer verringern soll. Im Naturschutzgebiet müssen mangels Alternativen ca. 2.500 m² Erlenwald gefällt werden. Der Beirat stimmt zu, dem AfUK wird das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt des Verfahrens vorgestellt.

Naturnahe Entwicklung des Oldentruper Baches zwischen den Höfen Niedermeyer und Obermeyer, Höhe Hillegosser Str. 183

Es handelt sich um eine geförderte Maßnahme bestehend aus Mäandrierung, Böschungsabflachung und Blänken nach der Wasserrahmenrichtlinie. Der Beirat stimmt zu, dem AfUK wird das Projekt zu einem späteren Zeitpunkt des Verfahrens vorgestellt.

Verlegung eines Wanderweges im Moorbachtal

Es geht um die Herrichtung und Markierung eines attraktiven, bereits von vielen Menschen genutzten Weges, der nördlich der Hundefreilauffläche

in Schildesche beginnt. Im Naturschutzgebiet müsste eine Brücke über den Moorbach, wo jetzt nur Trittsteine liegen, und ein Bohlenweg über einen Feuchtbereich gebaut werden. Mit Verweis auf die Hundeproblematik, mögliche Trittschäden und den vorhandenen Parallelweg hat der Beirat die Aufwertung des Weges abgelehnt. Der Beirat hat ein Widerspruchsrecht, falls die untere Naturschutzbehörde anders entscheiden würde. Das Umweltamt wird das eindeutige Votum des Naturschutzbeirates akzeptieren und das Vorhaben nicht weiter verfolgen.

Entschlammung Kampeters Kolk

Der Kolk im Naturschutzgebiet an der Buschkampstraße wurde aufgrund der günstigen Witterung in 2018 im November nahezu spontan im letzten Zeitfenster mit 100 % EU Mitteln entschlammt. Der Beiratsvorsitzende war involviert, der Beirat nimmt zustimmend Kenntnis.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 12

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

– kein Bericht –

-.-.-